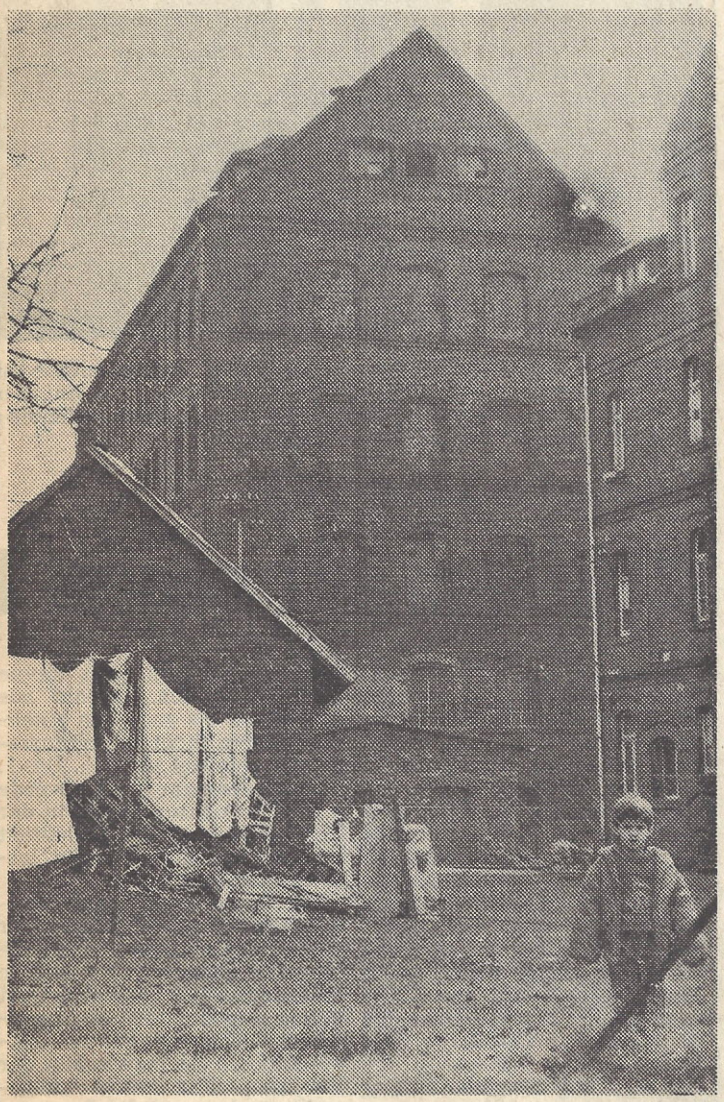

ALT UND VERKOMMEN sieht die Mühle in Beiseförth aus Hinterhof-Perspektive aus. Was soll aus dem Gebäude, das als Kulturdenkmal gilt, werden? (Foto: kai)

Gemeindeparlament/Mühle

Abriß bleibt Ziel für Kulturdenkmal

Malsfeld (kai). Über die Zukunft der Industriemühle in Beiseförth gibt es im Malsfelder Gemeindeparlament keine Einigkeit. Während CDU und FWG in der Sitzung am Donnerstag einen Umschwenk zum privaten Wohnungsbau erreichen wollten, blieben SPD und Bunte Liste bei der bisherigen Planung. Sie sieht den Kauf und Abriß des Gebäudes in der Ortsmitte vor, um einen Dorfplatz zu schaffen.

Für die CDU meinte Klaus Rehs, der Erwerb des Gebäudes durch die Kommune sei nur wegen mangelnder Alternativen erwogen worden. Jetzt wäre es Geldverschwendung, ginge die Verwaltung auf das Angebot des Darmstädter Architekten nicht ein, der das Gebäude kaufen und - was aktuell geboten sei - 16 Wohnungen darin errichten möchte.

Schließlich legte Rehs eine Bestätigung des Landesamts für Denkmalpflege in Marburg hervor, die bescheinigt, das es sich bei der Industriemühle um ein „Kulturdenkmal im Sinne des Hessischen Denkmalschutzgesetzes handelt. Er stellte die Frage, „ob ein solches Gebäude überhaupt abgerissen werden kann." Das Verhalten von Bürgermeister Kurt Stöhr in dieser Angelegenheit nannte der CDU-Parlamentarier „irritierend".

Der Verwaltungschef zog die Seriosität des privaten Angebots in Zweifel. Der Architekt habe nur zwei- bis dreimal bei ihm telefonisch vorgesprochen und könne sich selbst im Rathaus melden, wenn er einen Vorschlag zu machen habe. Außerdem koste der Gemeinde auch die private Lösung viel Geld: Extra für Bewohner der Mühle müßte zum Beispiel eine Feuerwehr-Drehleiter für über 500 000 Mark her. Kaufen werde Malsfeld die Mühle nur dann, wenn sie auch abgerissen werden dürfe. Schließlich hätten sich auch die Dorfbewohner in Bürgerversammlungen einmütig für die Variante Abriß und Dorfplatz eingesetzt.

Letzteres hob auch Walter Harbusch von der SPD hervor. Bei einem Ausbau für Wohnzwecke würden der Gemeinde zudem „jegliche Möglichkeit des Eingriffs genommen". Und: „Wer Bewohner der Mühle werden würde, läßt sich nur unschwer erraten." Deshalb bleibe die SPD bei ihrer Entscheidung.

Gabriele Koslowski von der Bunten Liste fragte, was ein Wohnbunker mit 16 Einheiten für Beiseförth bedeute.

„Wir müßten froh sein, wenn ein Privater auftaucht und uns von diesen Kosten befreit", meinte hingegen Gerhard Reis, Fraktionschef der FWG. Das Geld sei besser für andere Maßnahmen in Beiseförth zu verwenden, fügte sein Parteifreund Roy Knauf hinzu. Er beantragte zusätzlich, den Architekten in die Gemeindevertretersitzung zu laden.

Die Anträge von CDU und FWG hatten jedoch keinen Erfolg. Beide wurden 14 gegen sieben Stimmen abgelehnt.

Kauf der Niederwiesen

Ihre einstimmige Zustimmung erteilten die Parlamentarier den vom Vorstand abgeschlossenen Kaufvertrag über Grundstücke im Bereich der Niederwiesen. Die Gemeinde wird dem Eigentümer, der Bad Pyrmonter Mineral- und Heilquellen GmbH, 250000 Mark dafür zahlen. Ursprünglich hatte die Firma geplant, einen Mineralabfüllbetrieb dort zu errichten. Nach langen Querelen hatten die Bad Pyrmonter einen Rückzieher bemacht (wir berichteten).

Das Beste an dem Kauf sei ein zusätzlicher Brunnen, aus dem Malsfeld künftig billig sauberes Trinkwasser beziehen könne, freute sich der Bürgermeister. Die Finanzierung erfolge aus den Rücklagen. Danach wolle die Gemeinde die Grundstück weiterverkaufen. Das Parlament schloß sich dieser Bewertung an, obwohl in den Fraktionen erhebliche Zweifel bestanden, die Grundstücke kostendekkend weiterzuveräußern zu können.

Im Zusammenhang damit billigten die Gemeindevertreter 50 000 Mark für eine Wasserleitung im Bereich des Sandweges in Malsfeld.